

Für eine gerechte, nachhaltige und sichere Digitalpolitik

Empfehlungen des Bündnis F5 zur Bundestagswahl 2025

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 hat das Bündnis F5 dringende Handlungsempfehlungen und Forderungen für eine gerechte, nachhaltige und sichere Digitalpolitik zusammengestellt. Unsere Impulse sollen einen Beitrag zu einer gemeinwohlorientierten Ausgestaltung der Digitalpolitik leisten.

Dieses Dokument bietet einen Überblick über zentrale Handlungsfelder, in die wir uns einbringen. Unser Fokus liegt dabei auf der Digitalisierung der Verwaltung, der Ausgestaltung von KI-Anwendungen, dem Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern, grundrechtskonformen Sicherheitsgesetzen, dem Kampf gegen Diskriminierung im Digitalen sowie auf der internationalen Digitalpolitik.

Themenübersicht

- [1. Digitaler Staat: Eine moderne Verwaltung für das 21. Jahrhundert](#)
- [2. Grundrechtskonforme Sicherheitsgesetze – Sicherheit und Freiheit zusammendenken](#)
- [3. KI und digitale Technologien im Einklang mit Mensch und Umwelt gestalten](#)
- [4. Digitaler Verbraucher- und Diskriminierungsschutz: Menschen in der digitalen Welt stärken](#)
- [5. Demokratie und Zivilgesellschaft: Gemeinnützigkeit und digitales Ehrenamt stärken](#)
- [6. Internationale Digitalpolitik: Für eine gerechte und nachhaltige globale digitale Zukunft](#)

1. Digitaler Staat: Eine moderne Verwaltung für das 21. Jahrhundert

Wir setzen uns für eine Digitalisierung der Verwaltung ein, die ganzheitlich gedacht ist. Dies umfasst den Aufbau von zeitgemäßen IT-Architekturen, eine Verpflichtung zur Modernisierung des Datenmanagements über einen Rechtsanspruch auf Open Data und die Stärkung unserer Resilienz über Freie und Open-Source-Software. Damit verbunden ist ein umfassender Kompetenzaufbau innerhalb der Verwaltung, der Unabhängigkeit und strategische Handlungsfähigkeit sicherstellt. Die Digitalisierung der Verwaltung muss als Führungsaufgabe verankert werden: mit klaren Zielvorgaben, transparenten Strategien und ausreichenden finanziellen Mitteln.

Unsere Forderungen:

1. Verwaltungsdigitalisierung als Führungsaufgabe verankern:

Die digitale Transformation der Verwaltung darf nicht als isoliertes IT-Projekt missverstanden werden. Damit sie gelingen kann, müssen Führungskräfte digitale Strategien mit klaren Zielen entwickeln und über die nötigen IT-Kompetenzen verfügen. Dafür braucht es ein ausreichendes Budget – und zwar langfristig. Erfolgskontrollen und Evaluationen stellen sicher, dass öffentliche Mittel effizient genutzt und die gesetzten Ziele erreicht werden.

2. Kompetenzaufbau und Förderung innerhalb der Verwaltung:

Expertise in den Verwaltungen schafft die Voraussetzung dafür, dass digitale Projekte effizient umgesetzt und Entscheidungen eigenständig getroffen werden können. Diese Kompetenzen müssen in den Bereichen IT-Architektur, Wissensorganisation und strategische Digitalisierung aufgebaut werden. So lässt sich die Abhängigkeit von externen Dienstleistenden beenden. Die strategischen Leitungspositionen müssen mit Expertise im Bereich Informatik besetzt werden, bestehende IT-Einheiten in den Behörden sollten zu leistungsfähigen IT-Kompetenzzentren wachsen.

3. Rechtsanspruch auf Open Data umsetzen:

Daten sind eine zentrale Ressource im digitalen Zeitalter, die zum Wohle aller genutzt werden muss. Entsprechend müssen sie allen offen und automatisiert zur Verfügung stehen – als staatliches Grundprinzip. Mit einem Rechtsanspruch auf Open Data wird die Modernisierung der IT im Staat verpflichtend – wovon die Verwaltung selbst am meisten profitiert. Informationen sollen maschinenlesbar sein und über eine vernetzte Struktur wie Linked Open Data zur Verfügung stehen. Das schafft Vertrauen durch Transparenz und sorgt dafür, dass Bürger*innen, Forschende und Unternehmen diese Daten weiterverarbeiten und Innovationen entwickeln können.

4. Technologische, rechtliche und organisatorische Grundlagen für eine vernetzte Verwaltung schaffen:

Eine moderne Verwaltung braucht eine technologische Basis, die rechtlich abgesichert ist. Grundlegende Bausteine wie Cloud-Infrastrukturen schaffen überhaupt erst die Voraussetzung für den Aufbau solcher Infrastrukturen. Ein effizientes

Datenmanagement nach bewährten Standards macht die zeitgemäße Erhebung, Nutzung und Wiederverwendung von Informationen möglich. Ein ganzheitlicher Blick auf die erforderlichen Komponenten und verbindliche Organisationsverpflichtungen sorgen dafür, dass Verwaltungsprozesse reibungslos laufen – und die Bevölkerung von besseren Dienstleistungen profitieren kann.

5. Freie/Open-Source-Software für eine resiliente digitale Infrastruktur:

Die Verwaltung kann eine zukunftsähnige und widerständige IT-Infrastruktur schaffen, indem sie bei der Ausschreibung, Beschaffung und Entwicklung ihrer IT-Systeme konsequent auf Freie/Open-Source-Software (FLOSS) setzt. Der Quellcode von FLOSS-Systemen kann öffentlich geprüft und gemeinschaftlich weiterentwickelt werden. Anerkannte Lizenzen wie die EU Public License (EUPL 1.2) oder die international bekannte GNU Affero General Public License (AGPL 3.0) sichern unsere Resilienz und schaffen mehr Gemeinwohl: Software, die einmal mit Steuergeldern entwickelt wurde, steht auch künftig der Allgemeinheit frei zur Verfügung – statt privatisiert oder in proprietäre Systeme überführt zu werden. Der Staat sollte nicht nur in den Betrieb, sondern auch in die Wartung und Weiterentwicklung dieser IT investieren. So entsteht ein nachhaltiges FLOSS-Ökosystem.

2. Grundrechtskonforme Sicherheitsgesetze – Sicherheit und Freiheit zusammendenken

*Wir setzen uns für Sicherheitsgesetze ein, die grundrechtskonform sind. Der Rechtsstaat muss bestehendes Recht durchsetzen, die Grund- und Menschenrechte wahren – und zusätzliche Maßnahmen nur dann ergreifen, wenn sie tatsächlich zu mehr Sicherheit führen und verhältnismäßig sind. Der Wunsch nach mehr Sicherheit, gerade in Folge tragischer Ereignisse, ist verständlich und berechtigt. Sicherheit ganzheitlich verstanden, umfasst jedoch nicht nur den Schutz der Person, sondern beinhaltet stets auch die Fähigkeit zur freien Entfaltung der Persönlichkeit. Wir setzen uns für effektive Sicherheitsgesetze ein, die evidenzbasiert zum Schutze der Bevölkerung beitragen und unseren in der Verfassung festgeschriebenen Werten entsprechen. Die Befugnisse von Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten müssen sich im rechtsstaatlichen Rahmen bewegen. Wir werden auch weiterhin die bereits bestehenden Überwachungsbefugnisse evaluieren und für die Stärkung der Freiheitskommission per Gesetz eintreten. Gefährliche Eingriffe in vertrauliche Kommunikation, Privatsphäre sowie Meinungs- und Pressefreiheit sind nicht hinnehmbar. Unser Ziel ist ein weltweiter Stopp des Handels und der Nutzung von Staatstrojanern, damit Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und alle Bürger*innen vor illegitimer Überwachung geschützt werden. Auf EU-Ebene fordern wir strenge Sanktionen gegen Hersteller und Förderer von Überwachungssoftware, die nachweislich gegen Menschenrechte verstößt. Deutschen Behörden muss die Nutzung solcher Technologien untersagt sein. Es braucht stattdessen Investitionen in sichere digitale Infrastrukturen, Sicherheitslücken müssen auf gesetzlicher Grundlage unverzüglich geschlossen werden. Außerdem fordern wir ein Recht auf Verschlüsselung, das anwendungsfreundlich und nachhaltig ist.*

Unsere Forderungen:

1. Sicherheit und Freiheit in Balance bringen:

Seit 2001 wurden laut der Bundesbeauftragten für Datenschutz allein in Deutschland mehr als 80 Sicherheitsgesetze umgesetzt. Viele davon haben die Gerichte im Nachgang für verfassungswidrig erklärt. Statt immer neue Gesetze auf den Weg zu bringen, müssen bestehende evaluiert werden: Die unabhängige wissenschaftliche Untersuchung der Überwachungsbefugnisse aller Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste muss in Form der Überwachungsgesamtrechnung verstetigt und ausgeweitet werden. Die Freiheitskommission – die als unabhängiges Expertengremium kompetent bewertet, wie Sicherheitsgesetze sich in der Praxis auf Grundrechte auswirken – benötigt ein gesetzliches Fundament.

2. Lückenlose Kontrolle der Nachrichtendienste sicherstellen:

Die Kontrolle der Nachrichtendienste ist in Deutschland lückenhaft und muss dringend reformiert werden. Es braucht eine effizientere Aufsichtsstruktur mit angemessenen Kontrollbefugnissen und Ressourcen, die den technischen Entwicklungen Rechnung trägt. Nur so können Mechanismen zum Grundrechtsschutz überprüft und missbräuchliche Überwachungen aufgedeckt werden. Die Befugnisse der Bundesdatenschutzbeauftragten sind auszuweiten. Auch der Militärische Abschirmdienst (MAD) muss einer unabhängigen Kontrolle unterliegen.

3. Sichere und verlässliche digitale Infrastrukturen schaffen:

Digitale Infrastrukturen sind immer wieder Ziel von Angriffen. Derzeit fehlt ein wirksames Management von IT-Sicherheitslücken. Angreifende nutzen Schwachstellen in technischen Systemen, um Schadsoftware einzuschleusen, Daten abzugreifen und Personen auszuspionieren. Das ist eine enorme Bedrohung für die digitale Sicherheit und unsere Grundrechte. Ein angemessenes Schwachstellenmanagement, vom Bundesverfassungsgericht schon 2021 gefordert, hat die Bundesregierung nicht konsequent umgesetzt. Wir fordern, dass sämtliche Sicherheitslücken nach Auffinden identifiziert und geschlossen werden.

4. Das digitale Briefgeheimnis und die Anonymität im Netz gewährleisten:

Das digitale Briefgeheimnis muss wirkungsvoller geschützt werden, um den Schutz der Privatsphäre, der Meinungs- und der Pressefreiheit zu garantieren. Es braucht ein Recht auf Verschlüsselung, für das die Unternehmen die Verantwortung tragen – nicht die Internet-Nutzer*innen. Verschlüsselung muss verbraucherfreundlich, verlässlich und sicher anwendbar sein. Die Anonymität im digitalen Raum ist zunehmend bedroht. Jede digitale Bewegung hinterlässt Datenspuren, die immer leichter in immer größeren Mengen erfasst, gespeichert und ausgewertet werden können. Das öffnet dem Missbrauch Tür und Tor – etwa, um gegen politisch unliebsame Personen vorzugehen. Der Schutz der Anonymität im Internet muss umfassend gewährleistet werden.

5. Moratorium von Überwachungssoftware weltweit umsetzen:

Weltweit werden immer mehr Fälle aufgedeckt, in denen Überwachungssoftware illegal gegen Journalist*innen, Dissident*innen und Menschenrechtsaktivist*innen eingesetzt wurde. Politisch wird zu wenig gegen solche Menschenrechtsverletzungen unternommen. Betroffene werden allein gelassen, die Fälle nicht aufgeklärt. Auf

EU-Ebene und international muss sich die Bundesregierung für die Schaffung eines verbindlichen Rechtsrahmens einsetzen: Zu regeln sind die Pflichten von Staaten und Unternehmen in Bezug auf den Handel und den Einsatz von Überwachungstechnologie. Er muss im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards stehen. Für den Verkauf, den Einsatz und die Weitergabe besonders invasiver Software wie Pegasus und Predator braucht es ein sofortiges internationales Moratorium.

6. Strenge Sanktionen und konsequente Aufklärung bei illegaler Überwachung:

Auch deutsche Behörden testen und nutzen invasive Überwachungssoftware wie Pegasus oder Predator. Bei der Aufarbeitung muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und lückenlos transparent machen, wie Pegasus oder vergleichbare Spähsoftware von Behörden wie dem BKA eingesetzt werden. Da die Nutzung solcher Schadsoftware mit den Menschenrechten nicht vereinbar ist, muss sie gänzlich verboten werden. Hersteller und Förderer gehören auf Sanktionslisten – die US-Regierung hat es vorgemacht. Auf europäischer Ebene fordern wir die konsequente Aufklärung von Überwachungsfällen, die schon öffentlich geworden sind. Die EU muss Staaten zur Rechenschaft ziehen, die Spähsoftware zur illegalen Überwachung einsetzen. Exporte von Überwachungssoftware müssen durch strengere Dual-Use-Listen reguliert und kontrolliert werden. Berufsgeheimnisträger*innen wie Journalist*innen, Rechtsanwälte und Abgeordnete sind gesetzlich effektiver vor Überwachung zu schützen.

3. KI und digitale Technologien im Einklang mit Mensch und Umwelt gestalten

*Digitale Technologien sollten so entwickelt und eingesetzt werden, dass sie Mensch und Umwelt zugutekommen. Dazu braucht es eine stärkere Förderung von Technologien, die im Einklang mit unseren Zielen und Werten stehen, sowie mehr Transparenz, damit wir selbstbestimmt über die Ausgestaltung der Digitalisierung entscheiden können. Offene Hardware muss gefördert werden, um die Kreislaufwirtschaft und die europäische Wettbewerbsfähigkeit im Bereich nachhaltiger Technologien zu stärken. Die Auswirkungen digitaler Technologien auf Umwelt und Gesellschaft müssen vollständig transparent sein. Das betrifft besonders ressourcenintensive KI-Systeme, die große Mengen an Daten verarbeiten. Der gesamte Produktions- und Lebenszyklus von digitalen Technologieanwendungen wie KI-Systemen muss auf Nachhaltigkeit untersucht und entsprechend abgebildet werden. Wo algorithmische Systeme Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, braucht es umfassendere Arbeitnehmer*innen-Rechte – entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette.*

Unsere Forderungen:

1. Nachhaltige KI-Entwicklung und Fairness im Wettbewerb:

Große Tech-Konzerne dominieren derzeit den KI-Markt. Das führt zu einer Monopolisierung und zum Ausschluss kleinerer, innovativer Unternehmen. Wir fordern eine Novellierung der EU-Fusionskontrollverordnung, um die Marktkonzentration zu

verringern und faire Wettbewerbsbedingungen für nachhaltige, gemeinwohlorientierte KI-Lösungen zu schaffen. Zudem sollte ein Augenmerk auf regelbasierte KI-Systeme gelegt werden, die viele Nachteile generativer KI vermeiden.

2. Förderung von Open Hardware und Kreislaufwirtschaft:

Um die Kreislaufwirtschaft zu stärken, muss reparierbare, verständliche und reproduzierbare Hardware gefördert werden. Offene Technologien sorgen für eine entschieden bessere Reparierbarkeit und Instandhaltung. Das schont Ressourcen und mindert den ökologischen Fußabdruck. Nur wenn Open-Hardware-Initiativen gezielt unterstützt werden, kann eine zukunftsfähige und nachhaltige Technologielandschaft wachsen.

3. Transparenz über die gesellschaftlichen und Umweltauswirkungen von KI:

KI-Systeme können einen wichtigen Beitrag zur ökologischen Transformation leisten. Gleichzeitig verursachen insbesondere generative KI-Systeme erhebliche CO₂-Emissionen und verbrauchen große Mengen an Ressourcen – vor allem während des Trainings und beim Einsatz großer Modelle in Rechenzentren. Der Abbau von kritischen Metallen wie Lithium belastet die betroffenen Regionen – überwiegend im Globalen Süden, wohin Tech-Konzerne auch Click-Arbeit unter problematischen Bedingungen outsourcen, um KI-Systeme zu trainieren. Wir setzen uns für einen transparenten Einsatz von KI-Systemen ein: Anbieter, Betreiber und Rechenzentren müssen umfassende, standardisierte Nachhaltigkeitsberichte über den gesamten Lebenszyklus von KI vorlegen.

4. Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten:

Algorithmische Systeme und KI spielen in der Arbeitswelt eine immer zentralere Rolle – vor allem in der sogenannten Gig Economy. Viele Plattformarbeiter*innen haben schon jetzt keinen direkten Kontakt mehr zu menschlichen Vorgesetzten, sondern erhalten Vorgaben von Algorithmen. Die Errungenschaften des Arbeitsrechts müssen geschützt und die Mitbestimmungsrechte erweitert werden. Beschäftigte der Plattformökonomie sollten von KI profitieren können. Entsprechend müssen sie umfassend über den Einsatz von Systemen, die ihre Arbeit betreffen, informiert werden. Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen steht bei der Einführung dieser Technologien ein Mitspracherecht zu.

4. Digitaler Verbraucher- und Diskriminierungsschutz: Menschen in der digitalen Welt stärken

Die digitale Transformation gelingt durch vertrauenswürdige Technologien. Die Menschen müssen sich sicher sein können, dass die Digitalisierung ihnen nützt. Wir setzen uns daher für einen modernen Verbraucherschutz in Europa ein, der an die Herausforderungen der digitalen Welt angepasst ist. Das Allgemeine Gleichbehandlungs-gesetz (AGG) muss verantwortungsvoll weiterentwickelt werden, damit der faire und gerechte Einsatz von Technologien wie algorithmischen Systemen gewährleistet ist. Im Fall

von systematischen Benachteiligungen müssen anerkannte Organisationen mit rechtlichen Mitteln eingreifen können. Das stärkt nicht nur den Schutz der Einzelnen, sondern auch die bewährten Prinzipien von Fairness und Rechtsstaatlichkeit.

Unsere Forderungen:

1. Modernisierung des digitalen Verbraucherschutzes:

Verbraucher*innen sind überall im Netz manipulativen Designs ausgesetzt. Unternehmen, die über personalisierte, teils hochsensible Daten ihrer (potenziellen) Kund*innen verfügen, sind strukturell im Vorteil. Deutschland als Teil der EU muss hier entschieden voranschreiten und sich das Alleinstellungsmerkmal vertrauenswürdiger Technologie im internationalen Wettbewerb sichern. Bestehende EU-Verbraucherschutzvorschriften müssen im Rahmen des Digital Fairness Act entsprechend modernisiert und Unternehmen zu fairness by design und by default verpflichtet werden.

2. Anpassung des Antidiskriminierungsrechts:

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) braucht eine Novellierung, die spezifische Formen der algorithmischen Diskriminierung adressiert. Dies betrifft insbesondere die Ausweitung der geschützten Merkmale, um auch indirekte Diskriminierung über sogenannten Proxy-Variablen auszuschließen. Geschützte Merkmale wie Alter oder Geschlecht können sonst durch ähnliche Faktoren wie z. B. den Zeitpunkt des Schulabschlusses zu leicht ersetzt werden.

3. Einführung von Verbandsklagerechten:

Es braucht dringend mehr juristische Handhabe gegen algorithmische Diskriminierung. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen das Recht haben, gegen systematische algorithmische Diskriminierung vorzugehen. Mit Verbandsklagen lassen sich auch Fälle verfolgen, in denen Betroffene nicht individuell klagen können – oder sich der Diskriminierung gar nicht bewusst sind. Algorithmische Diskriminierung wird oft erst erkennbar, wenn sie in großem Stil erfolgt.

4. Lücken bei Verantwortlichkeiten schließen:

Aufgrund der Komplexität und Intransparenz von ADM-Systemen lässt sich oft schwer feststellen, wer für Diskriminierung die Verantwortung trägt. Sie kann auf verschiedenen Ebenen des Entwicklungs- und Nutzungsprozesses liegen. Es braucht rechtliche Rahmenbedingungen für die besonderen Kontexte des Einsatzes von KI-Systemen. Nur so können bestehende Lücken bei der Zurechnung der Verantwortlichkeiten geschlossen werden.

5. Demokratie und Zivilgesellschaft: Gemeinnützigkeit und digitales Ehrenamt stärken

Unsere Gemeinschaft lebt vom ehrenamtlichen Engagement einer Vielzahl an Menschen. Das Ehrenamt macht unsere Demokratie wehrhaft. Auch im Digitalen engagieren sich viele Menschen täglich und stärken damit den Zugang zu Wissen für alle und demokratische Prozesse. Dieses Ehrenamt muss anerkannt und gemeinwohlorientierte digitale Projekte ausreichend unterstützt werden. Das digitale Ehrenamt bündelt zudem eine Fülle an Expertise, die einen wichtigen Beitrag zur Verwaltungsdigitalisierung liefern kann. Damit zivilgesellschaftliche Organisationen rechtssicher politisch engagieren können, setzen wir uns für eine umfassende Reform des Gemeinnützigeitsrechts ein.

Unsere Forderungen:

1. Reform des Gemeinnützigeitsrechts:

Das Gemeinnützigeitsrecht beschränkt in seiner jetzigen Form die politische Betätigung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Das schränkt ihre Handlungsfähigkeit ein und bedroht die Vielfalt der Demokratie. Der Einsatz für Grund- und Menschenrechte sowie für soziale Gerechtigkeit müssen als gemeinnütziger Zweck anerkannt werden – ebenso wie die Bekämpfung von Diskriminierung. Gemeinnützige Organisationen brauchen Rechtssicherheit, um sich mit vollem Engagement den gesellschaftlichen Herausforderungen stellen zu können – ohne ihre Gemeinnützigkeit zu riskieren. Nur so können ehrenamtliche und nicht-profitorientierte Perspektiven den gebotenen Eingang in Gesetzgebungsprozesse finden.

2. Stärkung der digitalen Gemeinnützigkeit und des Ehrenamts:

Die Digitalisierung hat neue Möglichkeiten für freiwilliges Engagement geschaffen, insbesondere im Bereich des digitalen Ehrenamts. Projekte wie Wikipedia oder Civic-Tech-Initiativen zeigen die Bereitschaft tausender Menschen, ehrenamtlich Lösungen für eine Vielzahl von Problemen zu erarbeiten und Wissen für alle zugänglich zu machen. Der Austausch mit diesen Ehrenamtlichen kann für eine Vielzahl von Bereichen enorm gewinnbringend sein. Dennoch wird das digitale Ehrenamt bislang kaum gefördert oder politisch anerkannt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Digitale Freiwillige müssen etwa freien Zugang zu staatlichen Informationen bekommen, die Projekte wie Wikipedia oder OpenStreetMap bereichern können. Es braucht außerdem die Förderung eines bundesweiten Netzes selbstbestimmter offener Werkstätten und von Orten für Freies Wissen.

3. Wissenstransfer aus dem digitalen Ehrenamt für eine strategische Verwaltungsdigitalisierung:

Für viele Bereiche der Verwaltungsdigitalisierung existieren bereits erprobte technologische Lösungen aus dem digitalen Ehrenamt. Bislang verhindern aber strukturelle Hürden die Nutzung dieser Projekte, von denen der Staat erheblich profitieren könnte. Diese Hürden müssen identifiziert und abgebaut werden. Die Einbeziehung von ehrenamtlicher Expertise ermöglicht es dem Staat, Digitalisierungsprozesse zielgerichteter und effizienter voranzutreiben.

4. Digital Knowledge Act:

Der Zugang zu Wissen ist eine Voraussetzung für Demokratie und Chancengleichheit. Dennoch schränken immer noch zahlreiche Barrieren den Zugang zu öffentlichem Wissen ein. Wir fordern einen deutschen „Digital Knowledge Act“, der diese Barrieren abbaut und einen gerechten Zugang zu digitalem Wissen schafft. Das beinhaltet den freien Zugang zu öffentlich finanzierten Forschungsdaten und Bildungsinhalten sowie die Förderung offener Wissensressourcen im Internet. Der „Digital Knowledge Act“ sieht außerdem ein eLending-Recht vor, welches Rechtssicherheit und praktische Handhabbarkeit für Bibliotheken und Nutzer*innen garantiert - u.a. indem Restriktionen bei der elektronischen Ausleihe wie zeitliche Beschränkungen, Zugriff nur auf Teilmengen der Neuerscheinungen oder überpreiste Lizenzforderungen entfallen.

6. Internationale Digitalpolitik: Für eine gerechte und nachhaltige globale digitale Zukunft

Deutschland erklärt sich zur Führungsnation für das freie und offene Internet. In den Mittelpunkt der internationalen Digitalpolitik wird die Förderung und Unterstützung gemeinwohlorientierter, offener und nachhaltiger digitaler Infrastruktur gestellt. Das bedeutet: Wir setzen uns für eine entsprechende Infrastruktur, für freie und offene Software ein – und einen Einsatz von KI, der den Menschen in den Vordergrund stellt. Zivilgesellschaft, Wissenschaft und technische Communities werden einbezogen und durch transparente, inklusive Multistakeholder-Verfahren gestärkt. Deutschland stärkt die Voraussetzung für kooperative Zusammenarbeit, indem es sich für Menschenrechte, Privatsphäre, ein weltweites Recht auf Verschlüsselung sowie ein Moratorium gegen Überwachungssoftware einsetzt.

Unsere Forderungen:

1. Einsatz für gemeinwohlorientierte globale digitale Infrastruktur:

Deutschland hat die Chance, sich als internationale Führungsnation des digitalen Gemeinwohls zu positionieren. Dazu gehören der Einsatz für eine global gerechte, gemeinwohlorientierte digitale Infrastruktur sowie für Freie und Offene Software. Aufbau, Betrieb und Governance einer solchen Infrastruktur wird von Deutschland in die internationalen Gremien eingebracht. Existierende globale Freiwilligen-Projekte wie Wikipedia oder OpenStreetMap werden als Komponenten dieses Aufbaus und entsprechend unterstützt. Sie werden verstärkt von der öffentlichen Hand genutzt, ein Teil der regulären Arbeitszeit darf in diese Projekte fließen, Ehrenamtliche erhalten Zuschüsse für Reisen zu lokalen oder internationalen Konferenzen. Deutschland macht sich auch in der internationalen Zusammenarbeit und in internationalen Gremien für Freie und Offene Software stark. Ebenso für standardisierte offene Schnittstellen, die Interoperabilität und die effiziente Nutzung digitaler Technologien ermöglichen. Für die weitere Entwicklung und den sicheren Betrieb von Basistechnologien im Bereich Freier

Software – die die Grundlage des globalen Internets bilden – wird eine internationale Unterstützungsstrategie erarbeitet und umgesetzt.

2. Stärkung der Zivilgesellschaft und Einbindung in internationale Gremien:

Die Zivilgesellschaft spielt eine Schlüsselrolle in der Multistakeholder-Governance von Digitalpolitik. Sie verfügt beispielsweise über wertvolle Erfahrungen aus der Entwicklung gemeinwohlorientierter digitaler Lösungen. Entsprechend sollte sie in internationalen Gremien repräsentiert sein – ebenso wie kleine Unternehmen und Startups. Für diese Öffnung braucht es breit gestreute Informationen und offen zugängliche Dokumentationen über die Arbeit der Gremien oder Informationsworkshops vor zentralen Gremienterminen, die finanzielle Unterstützung von Aufwänden wie Reisekosten sowie Transparenz darüber, wer die deutsche Seite in internationalen Gremien vertritt. Die Einbindung unterschiedlicher Expertise kann Ministerialbeamte bei der Vorbereitung von Gremien entlasten und zu besseren Ergebnissen führen.

3. Stärkung kollaborativer Formate und Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden:

Der Austausch mit Stakeholdern aus dem globalen Süden muss auf vielen Ebenen forciert werden: im Bereich der Wissenschaft und Bildung, auf der Ebene von Startups, bei Gemeinschaftsprojekten und Projekten der digitalen Zivilgesellschaft. Aus diesen Kollaborationen werden passende Unterstützungsprogramme entwickelt und gestartet. Internationale Austauschprogramme oder Stipendien können dabei helfen, Wissen zu teilen und gerechte Teilhabe am digitalen Fortschritt zu ermöglichen.

4. Menschenrechte, Datenschutz und Privatsphäre:

Die internationale Digitalpolitik muss den Schutz von Menschenrechten, Daten und Privatsphäre weltweit garantieren. Einen besonderen Fokus verdient das Recht auf Verschlüsselung und Anonymität. Diese Grundrechte müssen global gestärkt werden, um die Privatsphäre der Bürger*innen zu schützen und Missbrauch durch Regierungen oder Unternehmen zu verhindern.



AlgorithmWatch
Gesellschaft für Freiheitsrechte
Open Knowledge Foundation
Reporter ohne Grenzen
Wikimedia Deutschland

info@buendnis-f5.de